

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Dr. Volker Hauff MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, setzt sich mit dem Umwelt-Politik-Papier des DIHT auseinander: Zeichen der Zeit nicht begriffen.

Seite 1-2

Klaus Daubertshäuser MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, appelliert an die Autofahrer: Auf rad-fahrende Kinder achten!

Seite 3

Hans Günter Brauch, Mitglied der Studiengruppe Europäische Sicherheit der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, erinnert an einen Erfolg der amerikanischen Rüstungsgegner: Mormonen verhindern MX-Stationierung.

Seite 4

Ottmar Schreiner MdB würdigt die Behandlung seiner Anfragen zum Schicksal eines politisch verfolgten Türken durch Staatsminister Müllemann.

Seite 5

Eike Frank MdB, Gesundheitspolitische Sprecherin in der SPD-Bürgerschaft in Hamburg, bewertet den Unions-Versuch, die Kosten genehmigter Schwangerschaftsabbrüche den Betroffenen aufzuhalten.

Seite 6

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

38. Jahrgang / 220 / 17. November 1983

Industrie für gebremsten Umweltschutz

Der DIHT hat die Zeichen der Zeit immer noch nicht begriffen

Von Dr. Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Arbeitsbereiches Umweltschutz

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat ein Positionspapier zur Umweltpolitik mit dem Titel "Ökonomie für Ökologie" vorgelegt und dabei vor einem Überbietungswettbewerb der Politiker aller Parteien in ihren Forderungen nach umweltpolitischen Maßnahmen gewarnt. Die Leitsätze des Papiers "Mit Umweltschutz die Zukunft sichern", "Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze" und "Impulse durch ökonomische Anreize" sind genauso richtig wie die Forderungen nach Kalkulierbarkeit von umweltpolitischen Rahmenbedingungen und nach Stufenlösungen und vom Staat festzulegenden Grenzwerten. Dies klingt alles sehr vernünftig. Leider wird jedoch in der konkreten Argumentation wieder deutlich, daß die Industrie die Zeichen der Zeit immer noch nicht begriffen hat.

Verlag: GUSTAV
FISCHER
Bonn



Mit Hinweisen auf die hohen Kosten für Umweltschutzinvestitionen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen könnten und der Forderung nach internationaler Harmonisierung der Umweltvorschriften lenkt man ab von der Notwendigkeit, alles Menschenmögliche zu tun, um die sich beim Waldsterben abzeichnende Umweltkatastrophe und die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen zu verhindern.

Mit der Ablehnung einer Schwefeldioxidabgabe und der Abwasserabgabe und dem Hinweis auf prüfenswerte neue Instrumente wie Übertragbare Emissionsrechte, Zusammenfassung aller Immissionsquellen und einer "Glocke" und Kompensationsverfahren betreibt die Industrie Ablenkungsmanöver, die zeigen, daß alle guten Leitsätze des Positionspapiers nur halbherzige Zugeständnisse an das zunehmend kritischere Umweltbewußtsein der Bürger darstellen.

Die Tatsache, daß unterlassener Umweltschutz uns alle viel teurer kommt als rechtzeitig durchgeführte Umweltschutzmaßnahmen, ist noch nicht begriffen.

Die Zusammenhänge zwischen Umweltschutz und Wachstum und Beschäftigung müssen von der Industrie noch stärker als Chance für Innovationen und Investitionen begriffen werden. Mit steigendem Umweltbewußtsein der Menschen steigt die Nachfrage nach technisch ausgereiften Produkten, die Umweltprobleme lösen helfen. Deshalb sollte die Industrie Vorreiter und nicht Bremser beim Umweltschutz sein.
(-/17.11.1983/vo-he/rs)

+ + +



Tödliche Rad-Unfälle

Autofahrer müssen sich stärker auf das Verkehrsverhalten von Kindern einstellen

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Kinder verunglücken in einem erschreckend hohen Maße in der Bundesrepublik im Straßenverkehr. 1981 verunglückten allein 21.000 Kinder mit dem Fahrrad.

Schon 50 Prozent aller Drei- bis Fünfjährigen benutzen ein Fahrrad. Bei den Sechs- bis 15jährigen gibt es kaum ein Kind, das kein Fahrrad besitzt. Sechs bis sieben Millionen Kinder benutzen das Fahrrad auf dem Weg in den Kindergarten, die Schule und beim Spiel in der Freizeit. Kinder sind relativ intensive Verkehrsteilnehmer. Tagesleistungen von fünf Kilometer und Jahresleistungen von 1.600 Kilometer sind bei den Jüngsten üblich. Das dabei zurückgelegte Tempo schwankt von acht Kilometer pro Stunde bei den Jüngeren bis durchschnittlich 16 Kilometer pro Stunde bei den Älteren. Die Kraftfahrer in unserem Lande sind aufgefordert, sich stärker als bisher auf das Verkehrsverhalten unserer Kinder einzustellen. Dabei müssen sie in Rechnung stellen, daß Kinder beim Radfahren oft überfordert sind.

Verkehrswissenschaftler haben herausgefunden, daß bestimmte Fehlverhaltensweisen stark altersabhängig sind:

- Nichtbeachten der Vorfahrt ist häufige Unfallursache bei Fünf- bis Neunjährigen.
- Falsches Einfahren in den fließenden Verkehr begehen besonders die Drei- bis Siebenjährigen.
- Fehler beim Abbiegen machen hauptsächlich die Sieben- bis Zehnjährigen.

Der Verstoß gegen das Rechts-Fahrgebot ist dagegen eine "Verkehrssünde" bei allen Altersgruppen.

Grundsätzlich hält die verkehrswissenschaftliche Untersuchung fest: Kinder haben Schwierigkeiten beim Koordinieren von "Mehrfachhandlungen". Sie tun entweder das eine oder das andere. So stehen Kinder am Bordstein, sehen links und rechts, ob frei ist, dann steigen sie auf das Rad und wollen losfahren. Da aber die Aufstiegsprozedur so lange dauert, kann sich beim Anfahren die Verkehrslage geändert haben. Aber die Kinder fahren los, ohne ein Auto zu bemerken.

Erst nach etwa zehn Jahren lernt das Kind nach und nach, Mehrfachhandlungen auszuführen.

Die Kraftfahrer sind aufgefordert, diesen "Mechanismus" der Kinder sich einzuprägen und bei ihrem Verkehrsverhalten sich entsprechend darauf einzustellen.

Mehr Verständnis für die Schwierigkeiten der radfahrenden Kinder von seiten der Kraftfahrer bedeutet mehr allgemeine Sicherheit im Straßenverkehr.

(-/17.11.1983/h1/rs)

* * *



Keine Neubewertung des Doppelbeschlusses?

Wie die Mormonen Reagan zur Umkehr in Stationierungsfragen zwangen

Von Hans Günter Brauch

Mitglied der Studiengruppe Europäische Sicherheit
der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler

Die Studiengruppe Europäische Sicherheit der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), die sich aus der Diskussion über die Erklärung der Göttinger Achtzehn von 1957 bildete, hat in einem Memorandum Ende Oktober 1983 angeregt, "daß die Nato im Gegenzug zu einer drastischen Verringerung der SS-20 auf die Aufstellung von Pershing II verzichtet und der berechtigten eurostrategischen Sicherheitsinteressen der nicht durch eigene Nuklearwaffen gesicherten Westeuropäer mit einer angemessenen Anzahl see-gestützter Cruise Missiles nachkommt. Hierfür würden circa 150 U-Boot-gestützte Cruise Missiles alle Anforderungen erfüllen und aufgrund ihrer hohen Treffergenauigkeit und in Verbindung mit Rüstungskontrollmaßnahmen in konventionellen Bereichen beziehungsweise einer Umstrukturierung konventioneller Potentiale - sogar die Abschaffung aller nuklearer Gefechtsfeldwaffen ermöglichen". Dieses Memorandum wurde unter anderem von dem Rektor der Universität Bochum, Professor Knut Ipsen, Generalleutnant a.D. Graf von Baudissin, den beiden Direktoren am Max-Planck-Institut für Astrophysik, Professor Dürr und Professor Gottstein, den Friedensforschern und Professoren Albrecht, Rittberger und Senghaas und von den Militärexperten Afheldt, Fischer, Meyer von Thun und dem Autor dieses Beitrages nach einjähriger intensiver Diskussion verfaßt.

Wie McNamara fordert die VDW, daß "im westlichen Bündnis Nuklearwaffen grundsätzlich nicht als militärische, sondern ausschließlich als politische Waffen angesehen werden, deren einziger Zweck es ist, die Gegenseite vom Einsatz nuklearer Waffen abzuschrecken. Für diesen Zweck", betonte die VDW-Studiengruppe, "aber genügen Potentiale für eine Minimal-Abschreckung. Minimalabschreckung kann im nuklearstrategischen Bereich schon mit einem Bruchteil der heute auf See stationierten Systeme gewährleistet werden".

Ausgehend von einer Bestandsaufnahme der Krise der westlichen Sicherheitspolitik fordert die VDW in Übereinstimmung mit vielen amerikanischen Militärexperten: "Die zunehmende Bedeutung von Kriegsführungskonzepten im Rahmen der Abschreckungsdoktrin verlangt nach Neuorientierung und Rückbesinnung, um die um sich greifende Verunsicherung abzubauen und den Frieden sicherer zu machen."

Ist es für eine Neubewertung des Nato-Doppelbeschlusses wirklich zu spät? Präsident Roland Reagan hat bei der MX seine Flexibilität bewiesen. Als das Oberhaupt der Mormonen im Mai 1981 sich gegen die Stationierung von MX-Raketen im Gottesstaat Utah aussprach, ließ US-Präsident Reagan, den Beschluß Carters, 200 MX-Raketen in den beiden Wüstenstaaten Utah und Nevada aufzustellen, zweimal überprüfen.

Das Ergebnis der zweiten Überprüfung wurde im April 1983 von der Scowcroft-Kommission vorgelegt: Statt 200 MX-Raketen sollen nur 100 beschafft werden. Auf eine Stationierung in Utah und Nevada wurde verzichtet. Niemand in Europa hat deshalb die amerikanische Regierung der "Selbstfinnlandisierung" bezichtigt. Muß nicht das, was für die Bürger in Utah und Nevada recht ist, für die Bürger Schwabens, die für alle 16 Nato-Staaten als Abschußrampe für Pershing II dienen sollen, billig sein? Warum fordert der Bundestag analog zu MX beim Nato-Doppelbeschluß keine Neubewertung im Lichte der Verhandlungsergebnisse und der seit 1979 getroffenen Entscheidungen, zusätzlich 1.000 see- und 3.000 luftgestützte nukleare Marschflugkörper einzuführen? Warum wird die Einschätzung des Vaters der Nato-Strategie, McNamara, die Waffen der Nachrüstung seien aus militärischen Gründen nicht nötig und sie koppelten die Europäer nicht näher an die USA an, von der Bundestagsmehrheit nicht dankend aufgegriffen?

(-/17.11.1983/vo-he/rs)

+ + +

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

Skandalös, aber nicht verwunderlich

Wie Möllemann Fragen nach einem in der Türkei gefolterten Sozialdemokraten beantwortet

Von Ottmar Schreiner MdB

Was soll man von den intellektuellen Fähigkeiten eines Staatsministers halten, der offensichtlich nicht fähig ist, komplexe Sachverhalte zu erfassen? - Ein solcher Fall liegt offenbar bei dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen W. Möllemann (FDP), vor.

Im September hatte ich die Bundesregierung gefragt, ob sie Zeitungsberichte bestätigen könne, wonach türkische Arbeitnehmer wegen ihrer Mitgliedschaft in einer deutschen Gewerkschaft beziehungsweise der Teilnahme an DGB-Veranstaltungen nach Rückkehr in die Türkei verhaftet und gefoltert wurden.

Obwohl sowohl die Mitgliederzeitschrift der IG Metall als auch die "Frankfurter Rundschau" über den Fall des türkischen Sozialarbeiters Sahabeddin Buz berichtet hatten, beantwortete Staatsminister Möllemann meine parlamentarische Anfrage skandalöserweise mit einem schlichten Nein.

Buz, der Mitglied der SPD und der ÖTV ist, war in der Türkei brutal gefoltert worden, weil man ihm vorwarf, Kommunist zu sein, "Metall" zu lesen und an einer 1. Mai-Veranstaltung des DGB teilgenommen zu haben. Dabei war Buz sogar freiwillig in die Türkei zurückgekehrt, um seinen Militärdienst abzuleisten.

Buz selbst berichtete über seine erlittene Folter anschließend im Sozialdemokratischen Pressedienst Europa ausführlich. All das scheint dem Auswärtigen Amt und seinem Staatsminister entgangen zu sein. Immerhin konnte Staatsminister Möllemann den Tatbestand in der Fragestunde Ende Oktober 1983 nicht mehr leugnen, daß Buz in der Türkei festgenommen worden war.

Doch trotz Buz eigener Schilderungen über die Folterungen und ihre Hintergründe, äußerte Möllemann, den türkischen Behörden blauäugig glaubend (oder ist die ideologische Nähe schon so groß?), daß die Buz-Mitgliedschaft bei der IG Metall und seine gewerkschaftlichen Aktivitäten keine Rolle bei dem Prozeß gegen ihn gespielt hätten. Die vorherigen Folterungen scheinen das Auswärtige Amt gar nicht zu interessieren.

Ist dieser Sachverhalt auch als politisch skandalös zu werten, so ist er doch nicht verwunderlich. Außenpolitik wird in der Bundesrepublik aus Bayern gemacht und für die Beziehungen zur Türkei scheint CSU-Innenminister und Junta-Freund Zimmermann zuständig zu sein.

Auffällig ist dagegen, daß Staatsminister Möllemann Unkenntnis zeigte, als ich ihn fragte, ob die Bundesregierung Berichten nachgegangen sei, wonach in der Türkei mit der Begründung gefoltert worden ist, der Betreffende habe an DGB-Kundgebungen in der Bundesrepublik teilgenommen. Und anschließend geht Möllemann in der Beantwortung der Frage des Kollegen Immer auf den Fall Buz ein.

Staatsminister Möllemann ist anscheinend überfordert, einzelne Sachverhalte und Informationen zu einem Ganzen zu verknüpfen. Solch eine intellektuelle Schwäche ist nicht gerade ein Qualitätsmerkmal für einen Staatsminister und schon gar für jemanden, der karrieristische Ministerbestrebungen an Rhein und Ruhr hat. (-/17.11.1983/vo-he/rs)

+ + +



Die Wende ist frauenfeindlich

Die Kostenfrage dient der Union als Vehikel, um den Paragraphen 218 zu unterlaufen

Von Elke Frank MdBü

Gesundheitspolitische Sprecherin der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion

Der mit "Tolerierung" der CDU/CSU-Bundestagsfraktions-Legung eingebrachte Gesetzentwurf, genehmigte Schwangerschafts-Abbrüche (soziale Indikation) nicht weiter von den Krankenkassen zahlen zu lassen, stellt nach den vielen frauenfeindlichen Beschlüssen der Bonner Rechtsregierung den wohl empörendsten Angriff auf mühsam erkämpfte Rechte der Frauen dar. Gegen diese Art der "Wende" erheben die Sozialdemokraten schärfsten Protest. Nie wieder dürfen die jahrhundertlange Not und das Elend von Frauen in diesem Land Wirklichkeit werden.

Die Kostenfrage ist der CDU/CSU nur ein Vorwand, um den § 218 StGB zu unterlaufen. Die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche könnten viel niedriger sein, ohne daß Verschlechterungen für die Frauen eintreten. Die Bundesländer Bremen und Hamburg geben dafür ein gutes Beispiel: In Hamburg haben zum Beispiel außer dem Familienplanungszentrum noch 23 frei praktizierende Ärzte eine Zulassung, ambulante Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. Dabei entstehen durchschnittlich DM 250,- an Kosten pro Abbruch. Die CDU-regierten Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen zum Beispiel lassen Schwangerschaftsabbrüche nur in Krankenhäusern vornehmen. So muß in Bayern eine Frau wenigstens acht Tage im Krankenhaus verbringen. Bei einem Pflegesatz von DM 250,- bis DM 300,- pro Tag entstehen für die Krankenkassen je Schwangerschaftsabbruch Kosten von mindestens DM 2.000,-. Achtmal so viel wie in Hamburg.

Die Übernahme der Kosten für die Schwangerschaftsabbruch durch die Krankenkassen ist ein sozialer Fortschritt. Wird er zurückgeschraubt, werden mit Sicherheit jene Abbrüche zunehmen, die nicht nur rechtswidrig, sondern auch gesundheitsschädlich sind. Langfristig gesehen ergibt das wiederum eine Mehrbelastung der Krankenkassen. Das Kostenargument ist also nur ein Potemkin'sches Dorf, das von den frauenfeindlichen Absichten, die hinter dieser Gesetzesinitiative stecken, ablenken soll.

(-/17.11.1983/bgy/rs)

+ + +

